

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ

D. Stadt Hochheim



Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach-Hörsheim, beim Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Kellern die 6-gespaltene Zeile 30 Pf. Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postkonten 108 67 Frankfurt am Main.

Nummer 19.

Dienstag, den 14. Februar 1928

5. Jahrgang.

Neues vom Tage.

Der Reichsrat hat die Robellen zum Mieterschutzgesetz und zum Reichsmietengesetz in der Fassung des Reichstags angenommen.

Die Kölner Frühjahrsmesse, die vom 12. bis 15. Februar stattfindet (die Technische Messe vom 12. bis 17. Februar), wurde durch Oberbürgermeister Dr. Adenauer im Ehrenhof der Messe eröffnet.

Der Erzbischof von Posen-Gnesen und Primas von Polen, Kardinal Hlond, ist von Köln kommend in Berlin eingetroffen.

Unter dem Vorsitz des deutschen Völkersängers v. Hösch ist in den Räumen der deutschen Volkshaus in Paris der Grundstein zur Wiedererrichtung einer deutschen Kolonie gelegt worden, indem der Deutsche Hilfsverein, dessen Tätigkeit seit 1914 ruhte, wieder konstituiert wurde. Der Hilfsverein hat die Aufgabe, bedürftigen Deutschen Hilfe und Beistand zu leisten.

Während des letzten starken Sturmes erlitt auf dem Meer zwischen Liverpool und Widnes das kleine Schiff „Grinle“ Schiffbruch. Die sechs Mann starke Besatzung kam dabei ums Leben.

Wie aus Lyon gemeldet wird, wurde durch eine Feuerbrunst ein 4000 Quadratmeter großes Lager elektrischer Kabel eines Kabelwerkes vernichtet. Der Schaden beträgt etwa 10 Millionen Francs.

Der rumänische Minister des Innern, Timulescu, wird sich am Mittwoch von Paris nach San Remo begeben. — Man nimmt bekanntlich an, daß er an der Riviera eine Zusammenkunft mit Stresemann haben wird.

Der amerikanische Staatssekretär Hoover kündigt an, daß er beabsichtigt, sich von der Republikanischen Partei als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen.

Die panamerikanische Konferenz in Havanna beschloß, sich am 20. Februar zu vertagen, obwohl die Lösung des Interkontinentalproblems vorläufig nicht in Aussicht steht.

Wunder der Technik.

Wohl kaum eine Generation hat so viele Neuerungen auf allen Gebieten der Technik erlebt wie die unsrige. Verbesserungungen und Ausbau der Eisenbahnen, Erfindung des Automobils, des lenkbaren Luftschiffes, des Flugzeuges — alles Errungenschaften weniger Jahrzehnte, die zur Wirklichkeit werden ließen, was Jules Verne vor noch gar nicht langer Zeit in seinen phantastischen Romanen ausgemalt hatte. Andere Erfindungen kamen dazu: die Elektrizität mit ihren vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten, vor allem Telegraph, Telefon und in neuester Zeit das Radio, die drahtlose Übermittlung des Tones.

Und nun erleben wir in diesen Tagen als neuestes Wunder der Technik die Telefonverbindung mit Amerika. Auf über 6000 Kilometer pflanzt sich der Schall des menschlichen Wortes fort, es überquert den Atlantischen Ozean, wird bei uns — vorläufig allerdings nur in Berlin, Hamburg und Frankfurt — so deutlich gehört wie ein Telefongespräch innerhalb des Landes. Und wie wird's nur gemacht?

Für die telegraphische und telephonische Vermittlung stehen uns zwei Möglichkeiten offen: Die Verbindung mit Hilfe einer Drahtleitung oder die drahtlose Übermittlung des Radios. Während für den Telekommunikationsverkehr das Kabel auch auf große Strecken genügt, ist für die Übertragung der aus vielen Tönen zusammengesetzten Sprachlaute des Telefons das Kabel nur dann ausreichend, wenn auf verhältnismäßig kurze Entfernungen die Einschaltung von Verstärkern möglich ist. Solche Verstärker oder Fernspreckrelais sind auf den immer stärker ausgebauten Überlandkabeln in Abständen von 75 bis 150 Kilometern eingebaut. In den Überseeleitungen, wenigstens in den langen Strecken über den Atlantischen Ozean, ist der Einbau solcher Verstärkerstationen natürlich nicht möglich. Es ist auch heute noch nicht abzusehen, ob auf dem Zeitungswege die telephonische Überbrückung des Ozeans jemals möglich sein wird.

Um so bedeutsamer ist es, daß der drahtlose Nachrichtenverkehr diese Aufgabe hat lösen können und daß es für ihn nebenbei auch ist, ob die Wellen über Land oder über Meer eilen. Die ersten Versuche mit einer telephonischen Übersee-Verbindung auf große Entfernungen sind vor mehreren Jahren schon zwischen London und New York begonnen und allmählich zu einem sicheren Betrieb entwickelt worden. Die amerikanische Sendestation ist in Nantuxet (70 Meilen von New York), sie arbeitet mit Wroughton bei Swindon (90 Meilen von London), während der englische Sender in Rugby stationiert ist und nach Goulton (300 Meilen von New York) sendet. Es wird also bei dem Gespräch London—New York ein anderer Weg benutzt als in der umgekehrten Richtung. Die Sprechenden merken aber nichts davon, da an den Telefonsprechstellen die beiden drahtlosen Wege bereits wieder zusammengefaßt sind. Der Verkehr findet in beiden Richtungen auf Wellen von 5000 Meter statt. Der Energiebedarf des Senders beträgt etwa 200 Kilowatt.

Zwischen New York und London ist die Übermittlung der Gespräche also drahtlos. Der amerikanische Teilnehmer spricht in normaler Weise durch sein Mikrophon unmittelbar den Sender. Der Londoner Empfänger ist aber auf das über Belgien nach Deutschland laufende Fernspreckabel ge-

Die Zentrumspartei im Kreise Wiesbaden.

Folgendes wird uns geschrieben:

Hörsheim, 13. Febr. Die gestern hier abgehaltene Jahresversammlung der Zentrumspartei im Landkreis Wiesbaden eröffnete der Vorsitzende Gaenlein-Hörsheim mit einem Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und gegenwärtigen Stand der Eingemeindungsfrage und der Kreisneubildung. Die Besprechung dieser Angelegenheit führte zur Annahme folgender Entschlüsse:

Die heute in Hörsheim versammelte Kreisgruppe des Zentrums Wiesbaden-Land stellt mit Bedauern fest, daß der preußische Staatsrat, trotz der ihm von den verschiedenen Seiten vorgetragenen schweren Bedenken den Landkreis Wiesbaden auflösen, der Regierungsvorlage gefolgt ist, diese sogar durch die Herausnahme der Orte Kloppenheim und Hegloch aus dem Eingemeindungsplan verschleiert hat. Regierung und Staatsrat haben die Bedeutung eines lebenskräftigen Landkreises Wiesbaden für die Kurstadt Wiesbaden völlig verkannt. Von dem Gemeindevorstand des preußischen Landtages wird erwartet, daß er sich eingehender wie der Gemeindevorstand des preußischen Staatsrates informiert. Die Generalversammlung der Zentrumspartei Wiesbaden-Land verlangt Zuziehung des Kreisaußenbüros. Als Ziel ist zu bezeichnen, die Vertagung der Regierungsvorlage und eine sofortige Neueinteilung der Kreise Südnassaus.

Die weiteren Verhandlungen leitete der zweite Vorsitzende, Lehrer Hlad-Hörsheim. Der Jahresbericht, erstattet vom Schriftführer Hoffmann, weist drei ordentliche Versammlungen und zwei Vorstandssitzungen auf. Beim Kassenericht führte der Rechnungsführer Wenz Klage über unpünktliche Zahlung der Parteibeiträge seitens einiger Ortsgruppen. Wie bisher, sollen auch im laufenden Jahre von den Ortsgruppen für jede im betreffenden Orte bei der letzten Reichstagswahl abgegebene Zentrumstimme

10 Pf. an die Kreisparteiabteilung abgeführt werden. Dem Kassenericht Wenz wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl von Gaenlein 1. Vors., Hlad 2. Vors., Hoffmann Schriftführer und Wenz Kassenericht. Statutengemäß wird der Vorstand erweitert durch die Wahl von Dinges und Wagner-Hörsheim, Egler-Frauenstein, Dillmann-Weilbach und Schneider-Hörsheim.

Über die Tätigkeit unserer Abgeordneten im Kreishaufe berichten Kreisaußenbüromitglied Egler und Kreistagsabgeordneter Wagner. Mit gemischten Gefühlen nimmt die Versammlung Kenntnis von den finanziellen Folgen der auf bürgerlicher Seite beobachteten Wahllauheit bei den letzten Kreistagswahlen. Einstimmig spricht die Versammlung den Abgeordneten der Partei im Kreishaufe das Vertrauen aus. In der Schulfrage waren 3 Resolutionen (aus Hörsheim, Hörsheim und Weilbach) der Versammlung zur Annahme vorgelegt worden. Angenommen wurde folgende: „Die Generalversammlung der Zentrumspartei des Kreises Wiesbaden-Land beobachtet mit tiefer Verbitterung die Bemühungen der Deutschen Volkspartei, die Simultanschule in Nassau als einzige Schulart durch das Reichsschulgesetz dauernd festzulegen. Der katholische Maingau ist nicht gewillt, sich für alle Zeiten unter ein Reichsschul-Ausnahmengesetz stellen zu lassen. Es wird daher in letzter Stunde von den Vertretern im Parlament und Regierung ein unbedingtes Festhalten an dem Grundsatz der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes auch für Nassau gefordert. Insbesondere lehnen wir auch konfessionelle Privatschulen mit staatlicher Unterstützung als Ersatz für die gezielte Konfessionsschule entschieden ab. Sollten unsere gerechten Forderungen nicht erfüllt werden, so lasse man das Reichsschulgesetz fallen ohne Rücksicht auf die sich daraus ergebenden Folgen.“

schaltet, an dessen Ende der deutsche Empfänger mit seinem Telefon sitzt. Der Verkehr England—Deutschland geht also über die Drahtleitung. Der Verkehr in der umgekehrten Richtung spielt sich in der gleichen Weise ab.

Fürs erste freilich kommt der Verkehr der hohen Gebühren wegen — 3 Minuten 330 Mark — für regelmäßige geschäftliche Gespräche nicht in Betracht, sondern nur für einzelne Sonderfälle.

Aber wie lange wird es dauern, bis auch diese technische Großtat der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden und bis auch der mittlere Geschäftsman und auch eine Privatperson am Telefon ein Ferngespräch bestellen kann: „Bitte New York Nr. ...“

Die innere Krise.

Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Deutsche Volkspartei. — Der Reichsschulaußenbüro der Deutschen Volkspartei. — Zum Hindenburgbrief.

Zentrum und Deutsche Volkspartei.

Die politische Lage ist weiterhin schwierig. Das Zentrum hat der Deutschen Volkspartei mitgeteilt, es sehe eine Vertagung der bei der Regierungsbildung vereinbarten Richtlinien durch die Deutsche Volkspartei darin, daß der kulturpolitische Teil der Richtlinien die Berücksichtigung des Elternwillens verlange, die Volkspartei dies aber negiere, indem sie die Forderungen des Zentrums zum Paragraphen 20 des Schulgesetzes ablehnt. In Kreisen der Deutschen Volkspartei verweist man demgegenüber auf die Verfassung, die im Art. 146 nicht vorschreibt, daß der Wille der Erziehungsberechtigten möglichst berücksichtigt werden solle. Die Richtlinien, so wird auf dieser Seite weiter argumentiert, könnten aber nicht weitergehen als die Verfassung selbst. Es sei infolgedessen nicht richtig, daß die Deutsche Volkspartei sich mit ihrer Haltung außerhalb der Koalition gestellt habe, zumal die Regierung ja nicht nur mit dem einzigen Zweck des Schulgesetzes gebildet worden sei. Auf jeden Fall habe sie über die Zurückziehung ihrer Minister selbst zu bestimmen.

Der Reichsschulaußenbüro der Deutschen Volkspartei hat am Sonntag zu dem Reichsschulgesetz Stellung genommen. Der Ausschuss nahm einstimmig eine Entschlüsselung an, in der der Politik der Reichstagsfraktion in der Schulgesetzfrage Anerkennung ausgesprochen wird.

Das Zentrum wünscht Auflösung der Koalition.

Zur Vorbereitung der in Aussicht genommenen Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien im Reichstag, die sich mit der Schulgesetzfrage beschäftigen soll, hat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, v. Günerd, einen Brief an den Vorsitzenden des Interfraktionellen Ausschusses, Grafen Westarp, geschrieben. Der Brief dürfte den Wunsch des Zentrums nach Auflösung der Reichstagskoalition und Weiterführung der Arbeiten durch ein nur geschäftsführendes

Kabinett zum Ausdruck bringen. Wie gemeldet wird, stehen die Deutschnationalen diesem Wunsch einstweilen ablehnend gegenüber.

Zum Hindenburg-Brief.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, ist der Brief des Reichspräsidenten nicht, wie verschiedentlich behauptet wird, von dem Abgeordneten Dr. Scholz inspiriert worden. Abg. Scholz ist in den letzten Tagen wieder vom Reichspräsidenten empfangen worden, noch bei Staatssekretär Dr. Rechner gewesen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion erklärt vom Briefe des Reichspräsidenten, sie sei jedenfalls gewillt, alles zu tun, um das Schulgesetz unter Dach zu bringen und damit die politische und psychologische Voraussetzung für die dem Wunsche des Herrn Reichspräsidenten entsprechende Erledigung der sonstigen Aufgaben einschließlich des Straßengesetzes — also für den Weiterbestand der jetzigen Regierungskoalition bis zum verfassungsmäßigen Endtermin der Legislaturperiode — zu schaffen.

Die Deutschnationalen sehen es also als die erste Aufgabe an, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer Einigung über das Schulgesetz entgegenstehen.

Baldige Neuwahlen?

Zu den Verhandlungen der Fraktionen über die Möglichkeit einer Erledigung des Schulgesetzentwurfes schreibt die „D. A. Z.“:

Kommt bei den interfraktionellen Verhandlungen keine Einigung zustande, so ergeben sich zwei Möglichkeiten: entweder die sofortige Auflösung, d. h. gegen Ende der nächsten Woche und mit einem verkürzten Wahltermin, etwa den 25. März, oder die Befolgung jener Pläne, die der Reichspräsident für die ordnungsmäßige Abwicklung der Aufgaben des Reichstages aufgestellt hat. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale haben, dem genannten Plan zufolge, diesem Plan zugestimmt, die Deutschnationalen unter dem Hinzufügen, daß die Forderung eines neuen Koalitionsprogramms über die Aeskarbeit erwünscht sei.

Eine interessante Auslandstimme.

Von den Stimmen der Pariser Blätter, die sich zum Hindenburg-Brief äußern, ist die Äußerung der Zeitung „Journal des Debats“ bemerkenswert. Das Blatt stimmt dem Reichspräsidenten zu und lobt nicht nur sein Vorgehen, sondern auch das des Reichswehrministers, General Groener, im Ausschusse des Reichstages. Das Blatt schreibt: Präsident von Hindenburg übt sein Amt mit einem Takt, einer Folgerichtigkeit und einer Entschlossenheit aus, die bemerkenswert sind. Er versteht es, die Initiative zu ergreifen und er ergreift sie je nachdem die Umstände es erfordern. Nachdem man in den letzten Tagen festgestellt hatte, daß die Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern der Regierungskoalition zu einem Bruch zu führen drohten, der eine Reichstagsauflösung unvermeidlich machen würde, beschloß er eine Krise zu verhüten, die er für verfrüht hielt.

Lothales.

Hochheim a. M., den 14. Februar 1928.

—r. Todesfall. Am gestrigen Montag verstarb im hiesigen St. Elisabeth-Krankenhaus nach einem schweren Leiden die Ehrwürdige Schwester Oberin der Anstalt. Dieselbe war noch nicht lange hier tätig.

—r. Brückenbau Rüsselsheim—Hörsheim. Der Bau der neuen Brücke Rüsselsheim—Hörsheim schreitet rüstig vorwärts. Interessant sind die Mitteilungen des hiesigen Kreisamtes Groß-Gerau über die bisherigen Einnahmen und Ausgaben des Brückenbau-Projektes. Danach liegen sich die Einnahmen folgendermaßen zusammen: Von Privat (Firma Opel) 130 000 Mk. 2. Von hiesiger Seite 100 000 Mk. 3. Von preussischer Seite 84 000 Mk. 4. Von der wirtschaftlichen Arbeitslosen-Fürsorge 19 131 Mk. 5. Darlehen aus der wirtschaftlichen Arbeitslosen-Fürsorge 60 000 Mk. 6. Sonstige Einnahmen 344 Mk. Gesamteinnahmen 393 476 Mk. Diesen Einnahmen stehen folgende Ausgaben gegenüber: Gemeinschafts-Bauwerk (verschiedene Firmen) 351 014 Mk. Hiesiges Bauwerk 20 195 Mk. Zusammen 371 209 Mk. Somit verbleibt bis jetzt ein Überschuss von 22 267 Mk.

Die karnevalistischen Veranstaltungen der Spielvereinigung 07 am vergangenen Sonntag waren für den Verein ein voller Erfolg. Man sieht, daß selbst bei den ungünstigsten Vorbedingungen mit Eifer doch etwas erreicht werden kann. Der Verein, der in den letzten Jahren gesellschaftlich nie in die Öffentlichkeit getreten ist, kann auf seinen Erfolg stolz sein. Echter reinischer Humor gestützt auf verhältnismäßig junge Kräfte war in dem schon geschmückten Saal eingebracht. Zwar war der Besuch der Damenführung nicht so stark, nichtsdestoweniger war man mit dem Gebotenen allgemein zufrieden und starker Beifall lohnte die einzelnen Vorträge. Von diesen einen oder den anderen besonders zu benennen hiesie die Leistung irgend eines dieser urkomischen Schoten herabzusetzen. Möge dem Verein auch weiterhin in dieser Beziehung ein guter Stern beschienen sein. — Die für mittags 11 Uhr angesetzte Verbandsspiel gegen Spielvereinigung Eltville konnten infolge des Zustandes des Sportplatzes nicht zum Austrag kommen und fielen aus.

Die Turngemeinde hält am Faschnachts-Samstag im Kaiserhof einen Maskenball ab. Seine närrische Hohenheit Prinz Karneval wird selbst erscheinen und die Huldigungen der Narinnen und Narren entgegennehmen. Außerdem sind noch allerlei Überraschungen vorgesehen und es wird sich ein Besuch der Narrenhalla lohnen. Den musikalischen Teil hat die närrische Hofkapelle der Turngemeinde übernommen. Beachten Sie bitte sämtliche Drahtmeldungen, sowie die Annonce in den nächsten Ausgaben dieser Zeitung und halten Sie sich diesen Tag zum Besuch unseres Karnevalsfestes frei.

Wachtung! Am Samstag, den 18. Februar, im Jahre der Raterei 1928, findet in der Hochheimer Stadthalle, närrischer Wirt Hannes Bauer, großer Maskenball mit Preisverteilung des Narrenvereins „Hilobio“ statt. Die närrische Bevölkerung der zukünftigen Kreisstadt Hochheim machen wir hierauf aufmerksam. Näheres folgt durch Inserat in nächster Nummer.

Valentinstag.

Der Tag des hl. Valentin, der 14. Februar, hat bei uns nicht die große Bedeutung, die er in England hatte und noch hat, wo das sogenannte Valentinstag, auf das Shakespeare mit einem alten Volkslied im 4. Akt, Szene 5, des Hamlet anspielt, noch heute lebendig ist. Es handelt sich dabei um allerlei Gebräuche und Gepflogenheiten, die für die verlebte und heiter-lustige Jugend eine gewisse symbolische Rolle spielen.

Es genügt zu erwähnen, daß die englischen Mädchen glauben, daß der erste Mann, den sie am Morgen des Valentinstags

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leonine v. Winterfeldt
Copyright by Greiner & Comp., Berlin W. 3.

Kontinuierliche und überausgünstige in fremde Sprachen vorüberlassen

27. Fortsetzung.

„Liebling, gehst du noch ans Meer? Heute habe ich Zeit, denn Mili schläft schon.“

Da hatte er, ohne sie anzusehen, in den roten geblüht.

„Bitte, Ellen, Nummer zwölf, die in A-moll. Sagst du etwas, Lies? Ich habe jetzt nämlich keine Zeit.“

Ellen, die mit ihrer Orgel mitten im Zimmer stand, hatte Lies leises Klavierspiel wohl nicht gehört. Sie stimmte auch gerade ihr Instrument. Sie hätte sonst wohl nicht weitergespielt mit ihm.

Lies aber war aus der Tür gegangen, — still, — wortlos.

Oh, wie der Mann schonte im Rupeel! Wenn Lies nun jetzt etwas zustiehe während seiner Abwesenheit? Noch ehe er sie um Verzeihung gebeten wegen seines gemeinen Betragens? Oder wenn ihr nachher unterwegs etwas passierte, so allein mit dem vielen Gepäck und dem Rinde? Seine Phantasie malte ihm die furchtbarsten Bilder vor Augen.

Er nahm sich vor, sofort bei seiner Ankunft mit Klavierantwort zu depressieren, wie es ihr ginge. In acht Tagen kam sie ja schon nach. Oh, wie er ihre Stube schmücken wollte mit Blumen! Wie glücklich wollte er sein, wenn er sie erst vom Bahnhof abholen konnte!

Unterdes lag Lies daheim in Kimer nach im Bett und dachte an Knut. Ihr Kopfkissen war naß von ihren Tränen, weil sie sich so sehr nach ihm, nach einem lieben Wort von ihm; — daß er so von ihr gehen konnte. Sie war den ganzen Tag herumgegangen wie im Traum. Keine der Kinderwagen durch alle Gartenwege schreibend mit all ihren Gedanken in weiter, weiter Ferne. Dann, als am Abend der Junge schlief und sie, die endlich aus dem Krankenhaus zurückgekommen, wieder bei ihm lag, war sie ans Meer gegangen, auf die hohe

Aus dem Stadt-Parlament!

Erläuterungen zur Stadtverordneten-Sitzung

vom Mittwoch, den 8. Februar 1928.

(Schluß.)

4. Anderweite Festsetzung des Preises für Kaufgräber. Auf dem Friedhof sind noch Kaufgräber zu vergeben. Ein Grundstück von 60 Ruten hat die Gemeinde noch anschließend an den Friedhof, das zu dessen Erweiterung dienen kann. Es ist aber fraglich, ob eine Vergrößerung des Friedhofes bei seiner großen Nähe zu den Wohnhäusern genehmigt wird und dann sind 60 Ruten auch nur für kurze Zeit vorhaltend. Die Kaufgräber werden sehr stark verlangt.

Herr Hirschmann schlägt im Namen der Wirtschaftl. Vereinigung vor 100.— Rm. für das Grab eines Erwachsenen, 60.— Rm. für ein Kindergrab als Preis festzusetzen.

Herr Engerer freut sich, daß heute in allem Übereinstimmung zwischen den Anwesenden herrscht und stimmt dem Antrag Hirschmann zu. Es wird nach dem Antrag der Bürgerl. Arbeitsgemeinschaft beschlossen.

Eine längere Debatte entspinnt sich darüber, auf wie lange die Kaufgräber im Besitz der Käufer bleiben u. wird festgestellt, daß das so lange dauert wie der Friedhof besteht. Die seither an die Käufer ausgehändigte Urkunde erwähnt es ausdrücklich so.

Hierin wünscht man nun eine Änderung eingeführt und es werden die verschiedensten Vorschläge gemacht. Fast alle anwesenden Vertreter beteiligen sich an der Debatte.

tages erblicken, ihr Valentin, d. h. ihr Ehemann werden wird, unter der Voraussetzung, daß der Betreffende nicht mit ihnen verwandt oder überhaupt noch zu haben ist. Ähnliche Volksfitten kennen wir ja auch für Deutschland in Verbindung mit anderen Festen.

Für uns hat der Valentinstag insofern Bedeutung, als um die Zeit, in die er fällt, die Natur sichtbar zu neuem Leben erwacht. Es ist auch Tatsache, daß um diese Zeit die Vögel beginnen, sich zu paaren und ihre Nester bauen. Darauf nimmt z. B. auch mancher alte englische Volkslieders Bezug. Von den sechs Heiligen, die den Namen Valentin tragen, wird der 269 n. Chr. in Rom enthauptete Priester dieses Namens als der Märtyrer des 14. Februar angesehen. Von ihm wird berichtet, daß Claudius II., den er bekehren wollte, ihn vor den Richter stellen ließ. Dieser war geneigt, an Valentins Lehre zu glauben, wenn er ihm ein Zeichen ihrer Kraft geben könne. Nun hatte der Richter eine Tochter, die erblindet war. Valentins Gebet machte sie sehend, und der Richter befehlete sich mit seiner ganzen Familie zum neuen Glauben. Da ließ der erzürnte Claudius Valentin samt dem Richter enthaupten. Das Aufgehen des Glanzeslichtes ist in dieser Legende in sinniger Weise mit dem Zunehmen des Lichtes in der Natur verknüpft.

§ Weiterveranschlagung für Mittwoch: Weiterhin unbeschädigt; nur kurze Aufseherungen. Durchzug von Regenfronten.

§ Pullmanzüge am 15. Mai. Die Reichsbahn-Gesellschaft wird vom 15. Mai ab im Verkehr Holland—Schwyz verkehrswegweise ein Pullmanzugpaar zwischen Amsterdam bzw. Haag von Holland und Basel über Duisburg—Düsseldorf—Köln—Mainz—Wannheim—Karlsruhe—Baden—Doss—Freiburg verkehren lassen.

§ Erweiterung der neuen Brücke? Von der Provinzverwaltung Startenburg ist angeregt worden, im Anschluß an die neue Mainbrücke Rüsselsheim—Hörsheim die Staatsstraße Rüsselsheim—Kauheim zu einer Durchgangsstrasse auszubauen und zu diesem Zwecke

Herr Eckert wünscht die Gräber auf 30 Jahre zu verkaufen. Nach dieser Zeit können sie von den Käufern oder deren Rechtsnachfolger aufs Neue erworben werden.

Vorsteher Hirschmann ist gegenwärtiger Meinung. Er sagt wie man Denkmäler für verdiente Personen oder Künstler baue, so habe auch die Familie oft das Bestreben das Andenken an ihre Angehörigen für Generationen zu erhalten. Diesen Zug von Pietät soll man unterstützen und fördern.

Stadtrat Seiler weist darauf hin, daß auch auf dem Hochheimer Friedhof eine Gruft sich befindet, die abzubrechen man nach bestimmter Zeit doch nicht verlangen könne. Die Kaufgräber sind, für immer“ d. h. solange der Friedhof besteht, verkauft, daran ist nicht zu ändern. Er empfiehlt die Regelung der Angelegenheit dem Magistrat zu überlassen.

Man glaubt dann eine Zeitbeschränkung für Kaufgräber für die jetzt noch zu vergebenden Gräber festsetzen zu können, kommt aber zu der Einsicht, daß möglicherweise die neuen Käufer nicht gegen die alten zurücksetzen dürfe. Der Bürgermeister sagt, daß sich an den schriftlich gemachten Zusagen betr. der Kaufgräber nichts ändern lasse. Es sei aber an der Zeit die ganze Friedhofsfrage einmal einer gründlichen Beratung zu unterziehen. Der Zeitpunkt, wo der heute benutzte Friedhof voll belegt ist, rückt schnell herbei und die Frage nach Schaffung eines neuen Friedhofes wird aktuell.

Es kamen noch einige Anfragen zu „Verdichtenes“ wie wir bereits am letzten Donnerstag berichten konnten und um 8.45 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

auf 15 Meter zu verbreitern. Die Gemeinden Rüsselsheim und Kauheim haben gegen dieses Projekt nichts einzuwenden, wenn der Staat bzw. Kreis und Provinz die Kosten allein übernehmen.

Aus Nah und Fern.

§ Offenbach a. M. (Kostunggebung der Landwirte des Kreises Offenbach.) Am Sonntag fand in Offenbach eine große Kostunggebung der Landwirte aus dem Kreise Offenbach statt. Nach mehreren Reden (u. a. sprach der hiesige Landtagsabgeordnete und Landbauhelfer Bloß aus Nordheim) wurde eine Entschließung angenommen, in der die Forderungen der Landwirte niedergelegt wurde. Die Landwirte fordern Abhilfe der jetzigen Notlage und sind entschlossen ihre Forderungen energisch zu vertreten.

§ Höchst a. M. (Eine 200 000.-Mk.-Anleihe des Kreises Höchst.) Der Kreistag hat in seiner letzten Sitzung sich mit der Aufnahme einer Anleihe von 200 000 Mk. beschäftigt. Bereits früher einmal wurde der Plan erwogen, 500 000 Mark auf dem Anleiheweg zu beschaffen und den Mittel zur Verringerung der Wohnungsnot zu benutzen. Verhandlungen mit einem Kreditinstitut in Berlin scheiterten damals aber an der Höhe der Forderungen. Inzwischen sind die Mittel, die dem Kreis zur Verfügung stehen, aber noch knapper geworden, so daß man neuerdings auf das alte Angebot zurückgriff und die aufzunehmende Summe auf 200 000 Mark beschränkte. Trotzdem die Bestimmungen, zu denen man die Anleihe erhalten kann, in den Reihen der bürgerlichen Kreise und des Zentrums keine Sympathie fanden, stimmte der Kreistag mit den Stimmen der Linken doch der Aufnahme der Anleihe zu.

§ Gießen. (Ein Personenauto vom Schnellzug überfahren.) In der Nacht wurde auf einem Bahübergang der Wuppach ein Personenauto aus Wuppach von einem Schnellzug überfahren. Der Besitzer des Autos wurde

„Ach, Lies, ich mag gar nicht daran denken, wenn du erst wieder fort bist. Es wird so schrecklich einsam für mich sein.“

Lies streichelte leise die Hand der Schwester.

„Du mußt bald zu uns nach Königsberg kommen.“

Ellen.

„Ach nein, sieh mal, in so einer jungen Ehe, da fühlt man sich immer als fäustes Rad am Wagen. Da hast Knut und Knut hat dich, was soll ich dazwischen?“

„Du solltest bald heiraten, Ellen.“

Ellen schüttelte langsam den Kopf.

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

„Wen denn, Lies?“

richt verlegt, das auto vollständig zertrümmert. Außerdem wurde die Lokomotive des Schnellzuges beschädigt. Die Lokomotive mußte in Gießen ausgewechselt werden. Der Schnellzug litt 15 Minuten Verspätung.

auf 30 Jahre zu. Die von den Römern in der Nähe von Gießen erbaute Kirche wurde im Jahre 1899 (23 Jahre mit 1899 Lebensjahre) von dem Nachbarn Lang-Göns, das rund 1840 Einwohner zählt, kann sich rühmen, in seiner Mitte noch 23 alte Leute über 80 Jahren leben zu haben, die insgesamt 1899 Lebensjahre verkörpert. Fürs Alte sind 80 Jahre, sechs 81, drei 82, einer 83, einer 85, zwei 86 und drei 87 Jahre alt. Es befinden sich in diesem Kranz der Alten noch verschiedene Veteranen der Familie, die von 1866 bis 1870/71.

von Pietät so. In dem benachbarten Dorf Niederlein schlug in der Nacht während des schweren Sturms der Blitz in den Kirchturm, aus dem sofort die Flammen herauslodernten. Die Ortsfeuerwehr allein konnte den Brand nicht löschen. Es gelang erst, der Flammen Herr zu werden, als die Feuerwehr von Kirchheim eintraf. Kirchturm und Kirche sind erheblich beschädigt.

Wainz. Um die Zukunft des Mainzer Theaters. Der demokratische Abgeordnete Schreiber hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht: Der Staatssekretär für die besetzten Gebiete, Schmidt, hat bekanntlich mitgeteilt, daß der bislang der Stadt Mainz zur Aufrechterhaltung ihres Theaters im nationalen und kulturellen Interesse gegebene Zuschuß nicht mehr im früheren Umfange gewährt werden könne und Mainz sich an das Landesparlament in Wiesbaden wenden müsse. Ist der Regierung diese Tatsache bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um diesen Anschlag auf die nationalen Interessen, namentlich angesichts der schwierigen Lage der Stadt Mainz abzuwehren?

Wainz. (Ein französischer Besatzungsangehöriger unter Anklage.) Ein Angehöriger der französischen Fliegerabteilung hatte sich wegen verurteilten Todes vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Als ein Liebesverhältnis, das er mit einem deutschen Mädchen hatte, gelöst werden sollte, erklärte er, das Mädchen töten zu wollen. Als der Soldat in das Zimmer des Mädchens eindringen wollte, kam es zu einem Zusammenstoß mit dessen Bruder. Der Soldat gab einen scharfen Schuß ab, der jedoch fehl ging. Das Gericht verurteilte ihn wegen Bedrohung zu einem Monat Gefängnis.

Gemeinden Rüssel. Dieses Projekt nicht. Kreis und Provinz.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Wern. Die nach einer Berliner Meldung von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von diesen Maßnahmen werden 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Einziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Arbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Deutscher Reichstag.

Der Etat des Arbeitsministeriums.

Berlin, 13. Februar.

Die Einzelberatung des Haushalts des Arbeitsministeriums wird fortgesetzt beim Kapitel der Sozialversicherung.

Der Ausschuss hat hierzu eine Reihe von Entschlüssen eingebracht, in denen die Vorlage von Gesetzentwürfen gefordert wird zur Sicherung der Existenz der älteren Arbeiter und Angestellten, zur Erhöhung der Lohnpfändungsgrenze, zur Beseitigung der rechtlichen Benachteiligung der technischen Angestellten gegenüber anderen in der Gewerbeordnung. Ferner wird eine Verwaltungsvereinfachung in der Sozialversicherung verlangt und die Reichsregierung ersucht, für die Durchführung der Reichstagswünsche in Bezug auf die deutsche Vertretung und auf die Berücksichtigung der deutschen Sprache im Internationalen Arbeitsamt zu wirken.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister und ein Antrag auf Streichung seines Gehalts eingebracht.

Abg. Frau Schroeder (Soz.) weist darauf hin, daß die Arbeitnehmer bei der Krankenkasse zwei Drittel, bei der Knappschaftsversicherung drei Fünftel der Beiträge aufzubringen habe. So habe auch auf diesem Gebiet die schlecht bezahlte Arbeitnehmerin den größten Teil der Kriegskosten zum Wiederaufbau der Wirtschaft und Volksgesundheit übernommen.

Abg. Vrefelbaum (Dnt.) fordert eine Verwaltungsreform bei der Sozialversicherung und weist auf die Innungsstellenlosen hin, deren Praxis vorbildlich sei.

Abg. Sieglar (Dem.) verlangt Nationalisierung der Sozialversicherungsverwaltung. Die Selbstverwaltung stehe nur auf dem Papier und werde durch die Aufsichtsbehörden der Länder immer mehr beschränkt und geradezu aufgehoben.

Abg. Leopold (Dnt.) meint, seitdem im Reichsknappschaftsverein statt der Unternehmer der Vergarbeiterverband herrsche, werde von den Angestelltenverbänden bittere Klage über die dort herrschenden Verhältnisse geführt.

Abg. Frau Teusch (Soz.) empfiehlt einen Zentrumsantrag, der eine Erhöhung der Renten in der Invaliden- und Angestelltenversicherung sowie Reichszuschüsse für die Wertpensionäre verlangt. Das Ministerium müsse aber dafür sorgen, daß die Rentenerhöhung auch wirklich den Rentnern zugute komme und sie ihnen nicht durch Ausgleichsmaßnahmen der allgemeinen Fürsorgebehörden wieder entzogen wird.

Der Reichswehretat.

Der Haushaltsausschuss setzte die Beratung des Reichswehr-etats fort.

Abg. Schöpflin (Soz.) führt aus, seine Partei wolle es mit dem neuen Herrn versuchen, aber er müsse seinen Worten auch die Taten folgen lassen. Seit der Revolution seien neun Jahre ins Land gegangen; da müßten die Offiziere sich allmählich umgestellt haben, auch zu den Symbolen des Staates.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) verwahrt die Offiziere in ihrer Allgemeinheit dagegen, daß sie gegen die Republik und ihre Symbole ihre Pflicht vernachlässigten. In dieser Beziehung würden lächerliche Belanglosigkeiten aufgebauscht.

Oberst v. d. Busche bespricht dann die Einzelheiten des

Heeresergänzungsgegesetzes.

Von hundert sich anmeldenden Deutschen könnten etwa sechs, also ein Fünftel, angestellt werden. Daraus ergebe sich zwangsläufig, daß der Kompagniechef keine Werbetätigkeit zu entfalten brauche. Politische Fragen — auch nach baltischen Gesinnung — würden nicht gestellt. Nur die Heimatsbehörde muß beschreiben, daß der Mann sich nicht in verfassungswidrigem Sinne betätigt habe. Von den Gewerbern stammten nach der letzten Jahresstatistik 55 Proz. aus baltischen, 42 Proz. aus ausländischen Arbeiterkreisen. Von den Eingestellten sind 53,7 Proz. auf dem Lande, 46,3 Proz. in der Stadt geboren. Aus dem Rheinland meldeten sich 4,7 Proz., aus dem Saargebiet 0,8 Proz. und aus dem Danziger Gebiet 0,5 Proz., das entspricht ungefähr dem Prozentsatz der Bevölkerung. Aus dem besetzten Rheinland sind 5,7 Proz. aus dem Saargebiet 0,3 Proz. eingestellt. Die Rekrutierung müsse aus dem ganzen Volke erfolgen.

Generaloberarzt Dr. Frenz beleuchtete die Ursachen, die zu den Selbstmorden im Heere führen, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus. Bei den Evangelischen sei die Zahl der Selbstmorde das Vierfache der Bistler wie bei den Katholiken. In keinem Fall sei ein dienstlicher Übergriff der Anlaß zum Selbstmord gewesen. Die psychopathische Einstellung ruft den Selbstmord in den meisten Fällen hervor. Geisteskrankheiten sind in Preußen zu 40 Proz. in Bayern zu 39 Proz. als Ursache des Selbstmordes festgestellt.

Ein vierter Leihhausstrich in Berlin.

Die Leihmittel: 30 bis 50 Prozent Zinsen.

Gegen das Deutsche Leihhaus, Putzamer, Ecke Friedrichstraße, Inhaber Siegmund Bab, werden schwere Vorwürfe erhoben. Für ihm geliehene Kapitalien verpfändet Bab den Geldgebern 30 bis 50 Prozent Jahreszinsen. Auf dieses Angebot fiel auch eine ganze Anzahl von Leuten, die meistens nur kleine Vermögen zur Verfügung hatten, hinein.

Die Geldgeber schlossen sich zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Bab zusammen und erstatteten gegen ihn Strafanzeige wegen Betruges und Reineides bei der Staatsanwaltschaft.

Die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet.

Gegen Siegmund Bab ist die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden. Da seine Frau im Verdacht steht, von den Straftaten ihres Mannes gekniffen zu haben, wurde sie ebenfalls in Untersuchung genommen. Die gerichtliche Untersuchung wird auf sie ausgedehnt.

Handelsteil.

Frankfurt a. M., 13. Februar.

— Devisenmarkt. Der Kurs der Mark stellte sich auf 4,1945 Am. je Dollar und 20,44 Am. je englisches Pfund.

— Effektenmarkt. Die Börse war leicht befestigt. Das Renten- und Anleihegeschäft hatte festere Kurse.

— Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Kg. in Am.: Weizen 23,75—24,50, Roggen 24,50, Sommergerste 27,50—30, Dinkel 23,50—24,25, Mais 22,25—22,50, Mixed 23

bis 23,25, Weizenmehl 36—36,75, Roggenmehl 35—35, Weizenkleie 14—14,15, Roggenkleie 15—15,25.

— Kartoffelmarkt. Es wurden gezahlt für 50 Kg. in Am.: Industriehieriger Gegend 3,75 Am. Tendenz: lustlos.

— Frankfurter Schlachtviehmarkt. Bezahlt wurde für 50 Kg. Lebendgewicht in Am.: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, 1. jüngere 58—62, 2. ältere 54—57, sonstige vollfleischige, 1. jüngere 50—53, 2. ältere 47—49. Bullen: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes 52—55, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 46—49, fleischige 40—43. Rinder: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes 46—49, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 40—45, fleischige 33—39, geringe 24—32. Ferkeln: vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes 58—63, vollfleischige 53—57, fleischige 47—52. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 72—75, mittlere Mast- und Saugkälber 65—72, geringe Kälber 52—64. Schafe: Mastlamm und jüngere Mastlamm, Weidemast 50—54, mittlere Mastlamm, ältere Mastlamm und gut genährte Schafe 42—49, Schweine: Ferkel 150 Kg. 60—62, vollfleischige von 120 bis 150 Kg. 60—61, vollfleischige von 100 bis 120 Kg. 60—61, vollfleischige von 80 bis 100 Kg. 58—60, fleischige von 60 bis 80 Kg. 54—58, Sauen 50—56. — Marktaustrich 1153 Rinder, darunter 292 Ochsen, 51 Bullen, 506 Kälber, 304 Ferkeln, 523 Kälber, 92 Schafe, 3917 Schweine. Marktverkauf: Rinder, Kälber und Schafe ruhig und geräumt. Schweine ruhig, zum Schlachtkauf ablaufend, Ueberstand. — Fleischgroßmarkt, Preis für 50 Kg.: a) frisches Fleisch: Ochsen- und Rindfleisch 1 90—100, do. 2 85 bis 90, Bullenfleisch 85—90, Kalbfleisch 1 70—80, do. 2 60—70, do. 3 35—50; Geflügel 585 Viertel Rindfleisch. Kalbfleisch 2 90—100; 39 ganze Tiere. Hammelfleisch 90—95; 27 ganze Tiere. Schweinefleisch 75—80; 16 Hälften. b) Gefrierfleisch: Rindfleisch, Vorderviertel 50, do. Hinterviertel 58—60.

Preussischer Landtag.

Berlin, 13. Februar.

Wohnungsfragen.

In seiner heutigen Sitzung übertrug der Preussische Landtag gemäßigt ohne Debatte den Gesetzentwurf an den Hauptausschuß, der die bisherige Regelung der Hauszinssteuer um ein Jahr bis zum 31. März 1929 verlängert.

Dann wurde die zweite Lesung des Wohlfahrtsstatuts beim Abschnitt „Wohnungs- und Siedlungswesen“ fortgesetzt.

Minister Dr. Hirth wies darauf hin, daß der Abbau auf den einzelnen Gebieten der Wohnungswirtschaft nur, soweit die Verhältnisse es gestatten, vorgenommen worden sei. Die anfängliche so viel bekämpfte Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft habe sich später als durchaus berechtigt erwiesen; die Beschwerden und Klagen einzelner Geschädigter blieben jetzt weit hinter den übrigen Wohnungsbeschwerden zurück. Beim weiteren Abbau der Zwangswirtschaft werde davon ausgegangen sein, daß ein Abbau vor allem des Mieterschutzes erst erfolgen kann, wenn einmal die Mieten der Altmwohnungen und die der Neubauwohnungen dem allgemeinen Preisstand auf einer für das Einkommen der breiten Massen erträglichen Höhe angelangt sind und wenn ferner das Angebot an Wohnungen der Nachfrage einigermaßen entspricht. Am längsten wird die Zwangswirtschaft, vor allem der Mieterschutz, bei den Wohnungen der minderbemittelten Bevölkerungsklassen aufrechtzuerhalten sein. Der Minister erklärte dann den Wohnungswiederaufbau und verwies darauf, daß 1927 176 000 Dauerwohnungen fertiggestellt seien, gegenüber nur 130 000 im Jahre 1926. Am 1. Januar 1928 waren weiter rund 90 000 Wohnungen im Bau, gegenüber nur 73 000 am 1. Januar 1927. Dies sei gewiß ein erfreuliches Ergebnis.

In der weiteren Aussprache begrüßte Abg. Schludermann (Dnt.) die Zahl der im Jahre 1927 hergestellten Neubauwohnungen. Rund 15 Proz. der Neubauwohnungen seien von dem privaten Baugewerbe gestellt worden. Die Zukunft müsse aber mit Bestimmtheit erfüllen. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.) In Realitäten liege ein Bedarf in Höhe von einer Milliarde vor. Um 500 Millionen würden die Sparkassen und Hypothekendarlehen aufbringen, so daß noch 500 Millionen fehlen. Man dürfe den Wohnungsbau nicht nur durch öffentliche Mittel fördern, sondern man müsse das Privatkapital heranziehen. (Beifällige Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Aus aller Welt.

□ Rundgebung gegen das geplante französische Kaufhaus in Berlin. Das Berliner Kartell des selbständigen Mittelstandes und die Reichsvertretung deutscher Hausfrauen, Ortsgruppe Groß-Berlin, veranstaltete eine Rundgebung gegen die beabsichtigte Errichtung eines französischen Warenhauses in Berlin, die sich vor allem auch gegen den Berliner Magistrat wendet. In den Ausführungen aller Redner kam zum Ausdruck, daß die Errichtung eines französischen Kaufhauses in der Bellevuestraße mit deutschem Kapital und mit Genehmigung und Unterstützung des Berliner Magistrats unter allen Umständen verhindert werden müsse. Diese Meinung wurde auch in einer Entschließung festgelegt.

□ Einbruch in die Georgenkirche in Berlin. In der Nacht stiegen Einbrecher der Georgenkirche in der Nähe des Alexanderplatzes in Berlin einen Besuch ab. Mit Hilfe eines Nachschlüssels drangen sie durch eine Seitentür ein und brachen vier Opferbüchsen auf. Dann öffneten sie in der Sakristei mehrere Schränke und stahlen daraus vier Altar- und vier Kanzeldecken. Der Schrank mit den Silbergeräten blieb ihnen verborgen. Die Teppiche ließen sie liegen.

□ Eine Kraftdrohke rasi in die Spree. In der Nähe des Reichstagesgebäudes in Berlin geriet eine schnell fahrende Autodrohke ins Schlendern und stürzte in die Spree. Dem Chauffeur und einem Fahrgast gelang es abzuspringen. Sie konnten in verlegtem Zustand aus dem Wasser gezogen werden. Die Frau und der Sohn des Beretteten kamen um. Der Chauffeur wurde als Polizeigeisellener nach dem Staatshospitalen geschafft.

□ Die beiden letzten Gießener Reichswehrunteroffiziere. Wie von zuverlässiger Seite bekannt wird, sind auch die beiden letzten Junker, die in der bekannten Junkerschule in Gießen in Unteroffiziersstellung gebracht worden waren, aus der Doff entlassen worden.

□ Unglück bei einer militärischen Instruktionsstunde. Bei theoretischen Übungen mit einem Maschinengewehr, die in der Truppe in der Nähe von zwei Unteroffizieren mit Rekruten vorgenommen wurden, entlud sich plötzlich ein scharfer Schuß, durch den einer der Rekruten getötet und ein anderer schwer verletzt wurde.

